



Zeitung  
der Schweizerischen  
Friedensbewegung

# Unsere Welt

Unsere Welt  
Schweizerische Friedensbewegung  
Postfach 2113, 4001 Basel

36. Jahrgang  
Nr. 1 – 2014  
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

## Aus dem Inhalt

Ostermarsch 2014	2
Cuban Five: Schlüssel liegt in Washington	3
Ein Stück Weltgeschichte in Bildern	4
Waffenexporte: Rüstungshöriger Rat	5
Nayef Hawatmeh: Israel will keinen Frieden	6
CELAC und Lateinamerika: «Zone des Friedens»	7
Zum Tod von Pete Seeger	8



© Carlos Latuff / Opera Mundi

## WFR: Solidarität mit der Ukraine

# Gegen Einmischung

Der Weltfriedensrat (WFR) zeigt sich in einer Erklärung «tief besorgt» über die Situation in der Ukraine nach der Einsetzung einer neuen Regierung in Kiew. Diese Regierung sei Resultat der Umtriebe neonazistischer Gruppen, welche sich mit den imperialistischen Kräften der EU, der NATO und der USA verbündet hätten.

Es sei ein blutiges und gefährliches Spiel, das diese Kräfte in den letzten Monaten auf dem Rücken des ukrainischen Volkes gespielt hätten, und es widerspiegeln die Expansionslust Richtung Osten mit dem Ziel, nicht nur die geopolitische Kontrolle über dieses Gebiet zu erlangen, sondern sich auch die reichen Rohstoffvorkommen unter den Nagel zu reißen.

«Das ukrainische Volk, das seit 1991 stark unter der kapitalistischen Restauration gelitten hat, besitzt das alleinige und nicht-verhandelbare Recht, ohne Einmischung von Aussen über die politische Führung und seine Reichtümer zu entscheiden», so der WFR in seiner Erklärung. Die Wiederholung gewalttätiger Regime-Wechsel verschärfe die bereits angespannte Atmosphäre im Land wie in der gesamten Region.

Der WFR verurteile die Absicht, politische Parteien und Gewerkschaf-

ten zu unterdrücken. «Ebenso stellen wir uns gegen die Bemühungen, die Sprachen von Minderheiten zu verbieten und den historischen Revanchismus gegen die frühere Sowjetunion und ihre Leistungen in der Ukraine anzuhetzen.»

Die Pläne der NATO, die Ukraine in ihre Organisation zu integrieren, lehnt der WFR ebenso ab wie die «eifrige angebliche Finanzhilfe des Internationalen Währungsfonds, die den Menschen nur neue Belastungen bringen wird.»

«Das Ukrainische Volk muss die Rolle zurückerhalten, die es ihm ermöglicht, selbst Herr über das eigene Land zu sein», meint der Weltfriedensrat, der sich in seiner Erklärung mit der Ukrainischen Bevölkerung ganz allgemein und speziell mit seiner Mitgliedsorganisation «Antifaschistisches Komitee der Ukraine» solidarisiert.

## Scheinheiligkeit dieser Grössenordnung verdient Respekt!

# Die Fresslust des Triumvirates

Wenn es kompliziert und verwirrend wird, wenn Sie überwältigt sind von zu viel Information, die sich täglich ändert, von zu vielen Erklärungen, manche widersprüchlich ... versuchen Sie, das in irgendeine Art von Zusammenhang zu bringen, indem Sie zurück treten und sich das grössere, langfristige Bild vor Augen führen.

Von William Blum

Die Vereinigten Staaten von Amerika streben nach der Weltherrschaft, Hegemonie wo immer nur möglich, das ist ihre Hauptbeschäftigung seit über einem Jahrhundert, das ist es, wovon sie leben.

Die Vereinigten Staaten von Amerika, NATO und die Europäische Union bilden das Heilige Triumvirat. Das Heilige Triumvirat hat Tochterorganisationen, in erster Linie den Internationalen Währungsfonds (IMF), die Weltbank (WB), die Welthandelsorganisation (WTO) und den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) ... sie alle tragen dazu bei, die Regierungen auf Linie zu bringen, denen das Gütesiegel des Heiligen Triumvirats fehlt: IMF, WB und WTO drücken ihnen fundamentalistische Marktstrukturen auf Auge, während politische Führer aus Ländern, die zu unabhängig handeln, damit bedroht werden, dass sie zwecks harter Bestrafung vor den ICC gezerrt werden, während die Vereinigten Staaten von Amerika Sanktionen gegen Regierungen und ihre Anführer verhängen, wie es nur der König der Sanktionen kann, dem jeder Sinn für Scheinheiligkeit oder Ironie abgeht.

Und wer bedroht die Oberherrschaft der Vereinigten Staaten von Amerika? Wer kann die Hegemonie des Heiligen Triumvirats herausfordern? Nur Russland und China, wenn sie auch so imperialistisch wären wie die Mächte des Westens. (Nein, die Sowjetunion war nicht imperialistisch, das war Selbstverteidigung: Osteuropa war eine vom Westen schon zweimal für eine Invasion benutzte Autobahn, mit zig Millionen von getöteten und verwundeten Russen.)

Seit dem Ende des Kalten Krieges haben die Vereinigten Staaten von Amerika Russland umstellt, eine Basis nach der anderen eingerichtet, unablässig nach neuen Ausschau gehalten, darunter in der Ukraine, eine Raketenstellung nach der anderen mit Moskau in Reichweite; die NATO hat eine ehemalige Sowjetrepublik nach der anderen geschnappt. Das Weisse Haus und die unkritischen amerikanischen Mainstream-Medien haben uns versichert, dass derartige Operationen nichts mit Russland zu tun haben. Und zu Russland sagte man das Gleiche, sehr zur anhaltenden Skepsis Moskaus. «Sehen Sie», sagte der russische Präsident Vladimir Putin vor einigen Jahren über die NATO,

«ist das eine militärische Organisation? Ja, sie ist militärisch. ... Bewegt sie sich in Richtung unserer Grenze? Sie bewegt sich in Richtung unserer Grenze. Warum?»

Das Heilige Triumvirat würde liebend gerne die Ukraine von Moskaus Busen reißen, die russische Schwarzmeerflotte hinauswerfen und eine militärische Präsenz der Vereinigten Staaten von Amerika/der NATO an Russlands Grenze aufbauen. Kiews Mitgliedschaft in der Europäischen Union liesse dann nicht mehr lange auf sich warten, damit das Land die Freuden des Neokonservatismus geniessen, die Wohltaten des standardisierten Privatisierungs-Deregulierungs-Sparprogramm-Pakets empfangen und sich Portugal, Irland, Griechenland und Spanien als verarmtes Stiefkind der Familie anschliessen kann; aber kein Preis ist zu hoch, um Teil des glorreichen Europa und des Westens zu sein!

Die ukrainischen Aufrührer und ihre Unterstützer unter den Mächten des Westens kümmern sich nicht darum, wer ihre ukrainischen Verbündeten waren bei der Durchführung ihres Staatsstreiches gegen Präsident Viktor Janukowitsch im letzten Monat ... Stolche, die Polizisten in Brand setzten ... alles Methoden von Rechts-extremisten, unter ihnen tschetschenische islamische Militante ... ein Vertreter der ultrarechten Svoboda-Partei

Fortsetzung Seite 2

# Nebelpetarden

(m.s.) Nebelpetarden, so lehrt uns der Internet-Alleswisser «Wikipedia», werden im militärischen Bereich eingesetzt, «um dem Gegner die Orientierung und das Zielen auf eigene Einheiten zu erschweren. Oft wird ein Artillerieschlag oder Bombenangriff auch von einem Rauchgranatenangriff begleitet, um die Abwehr eines nachfolgenden Bodenangriffs zu erschweren.»

Nebelpetarden, so lehrt uns die tägliche Lektüre der grossen Presse, werden im «zivilen» Bereich immer dann eingesetzt, wenn es darum geht, uns Leserinnen und Leser die «Orientierung zu erschweren», uns vom eigentlichen Inhalt einer Nachricht abzulenken.

Nehmen Sie das Beispiel Ukraine, Stichwort abgehörtes Telefongespräch zwischen einer hohen Beamtin des US-Aussenministeriums und dem US-Botschafter in Kiew. Was war denn hier der Skandal? Dass das Telefon abgehört wurde (Nebelpetarde 1)? Dass die Beamtin das Wort «Fuck» benutzte (Nebelpetarde 2)? Ist der eigentliche Skandal hinter all diesen Nebelschwaden denn nicht der Fakt der eklatanten Einmischung? Dass zwei Diplomaten der USA quasi abmachen, wen sie in der Regierung eines souveränen Staates haben und wen sie verhindern wollen?

Oder das Beispiel «Untersuchungsbericht über die Foltermethoden des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA». Was ist hier skandalös? Etwa, dass der CIA über Monate den Mailverkehr von Senatoren kontrolliert hat (Nebelpetarde)? Ist der wirkliche, wahrhafte Skandal denn nicht viel eher, was auf den 5 000 Seiten dieses Berichtes steht, nämlich dass ein Staat, der sich mit unbeschreiblicher Arroganz als Vorreiter der Menschenrechte gebärdet und bei jeder ihm passenden Gelegenheit Lektionen erteilt, dass ein solcher Staat regelmässig und systematisch und mit Wissen und auf Anordnung der höchsten Stellen Gefangene auf grausamste Weise foltert und zum Verschwinden bringt?

Natürlich braucht unsere Obrigkeit diese Nebelpetarden der eingebetteten Presse. Wo kämen wir denn hin? Wäre ja noch schöner, wenn wir plötzlich Guthaben aus den USA einfrieren, Reisebeschränkungen gegen US-Beamte aussprechen, militärische Kontakte mit den USA unterbrechen oder Reisli nach Washington absagen müssten...

Nun, wir von der Schweizerischen Friedensbewegung halten dafür, was uns Wikipedia lehrt, nämlich dass solcher Nebel die Gesundheit schädigt. Deshalb blasen wir, mit Ihrer unabdingbaren finanziellen Unterstützung, in «Unsere Welt» auch kräftig dagegen an: SFB, 4001 Basel, PC 40-1627-7

**Sekretariatsstelle  
ca. 20%**

Für die Neubesetzung unseres Sekretariats suchen wir eine engagierte Person, die die Anliegen der SFB unterstützt und die administrativen Aufgaben der SFB übernimmt.

Bewerbungen an:  
Schweizerische  
Friedensbewegung SFB  
Postfach 2113  
4001 Basel

Weitere Informationen:  
Christoph Jäggi, 061 681 02 45

Fortsetzung von Seite 1

als Mitglied der neuen Regierung, der damit droht, die Atomwaffen der Ukraine in drei bis sechs Monaten wiederherzustellen ... die Scharfschützen, die auf Demonstranten schossen, die anscheinend nicht waren, was sie zu sein schienen (ein abgehörtes Telefongespräch zwischen Urmars Paet, dem estnischen Aussenminister, und der Aussenbeauftragten der EU Catherine Ashton enthüllt Paets Äusserung: «Es gibt jetzt immer mehr Hinweise, dass hinter den Scharfschützen nicht Janukowitsch stand, sondern jemand von der neuen Koalition.» ... Neonazi-Demonstranten in Kiew, die offen jüdenfeindlich auftraten, mit einer Fahne zu Ehren von Stepan Bandera, dem berüchtigten ukrainischen Nationalisten, der im Zweiten Weltkrieg mit den deutschen Nazis kollaborierte und dessen Milizen an Gräueltaten gegen Juden und Polen beteiligt waren.

**Fragwürdige Bande**

Die israelische Zeitung Haaretz berichtete am 24. Februar, dass der ukrainische Rabbi Moshe Reuven Azman «die Juden von Kiew anwies, die Stadt und möglichst auch das Land zu verlassen.» Edward Dolinsky, Vorkoordinator einer Dachorganisation ukrainischer Juden, beschrieb die Situation der Juden in der Ukraine als «düster» und bat Israel um Hilfe.

Alles in allem eine fragwürdige Bande von Verbündeten für eine zwielichtige Sache, welche erinnert an die Strolche der Kosovo-Befreiungsarmee, die Washington 1999 im Zuge eines damaligen Regimewechsels an die Macht gebracht und bis heute gehalten hat.

Das bereits berühmte aufgezeichnete Telefongespräch zwischen der Spitzenvertreterin des US-Aussenministeriums Victoria Nuland und dem US-Botschafter in der Ukraine, in dem sie besprechen, welche Ukrainer Washington in der neuen Regierung haben möchte und welche nicht, ist ein Beispiel für diese Regierungswechsel-Mentalität. Nulands Wahl Arseniy Jatseniuk wurde interimistischer Premierminister.

Die National Endowment for Democracy (NED – Nationale Stiftung für Demokratie), eine 1983 von der Reagan-Administration gegründete Agentur zur Förderung politischer Aktion und psychologischer Kriegsführung gegen Staaten, welche die US-Aussenpolitik nicht liebt, ist Washingtons führendes nichtmilitärisches Werkzeug für die Ausführung von Regimewechsel. Die NED-Website führt 65 Projekte an, die sie in den letzten Jahren in der Ukraine finanziell unterstützt hat. Die Beschreibungen der Projekte durch die NED schweigen sich über die Tatsache, dass ihre Programme die grundsätzliche Philosophie vermitteln, dass arbeitenden Menschen und andere Bürgern am besten gedient ist unter einem System des freien Unternehmertums, der Klassenzusammenarbeit, gemeinsamen Verhandeln,

minimaler Eingriffe der Regierung in die Wirtschaft und Gegnerschaft zu Sozialismus in welcher Form oder Erscheinung auch immer. Eine freie Marktwirtschaft wird gleichgestellt mit Demokratie, Reform und Wachstum, wobei die Vorteile ausländischer Investitionen in ihre Wirtschaft betont werden.

Die Idee dahinter war, dass die NED irgendwie offen das machen würde, was die CIA seit Jahrzehnten im Geheimen gemacht hat, und somit das Stigma eliminieren, das mit den geheimen Aktivitäten der CIA verbunden ist. Allen Weinstein, der beigetragen hat zur Entwicklung der Gesetze zur Schaffung der NED, erklärte 1991: «Eine Menge von dem, was wir heute machen, wurde vor 25 Jahren geheim von der CIA gemacht.»

Die NED bekommt praktisch ihre gesamte Finanzierung von der US-Regierung (insgesamt \$5 Milliarden seit 1991), bezeichnet sich aber gerne als NGO (Nichtregierungs-Organisation), weil das im Ausland hilft, eine gewisse Glaubwürdigkeit zu behalten, die eine offizielle Behörde der US-Regierung vielleicht nicht hat. Aber NGO ist die falsche Kategorie. NED ist eine GO (Regierungs-Organisation). Ihre langfristige Intervention in der Ukraine ist so supralegal wie der russische Militäreinsatz dort. Der Journalist Robert Parry hat beobachtet:

«Für NED und amerikanische Neokonservative hielt Janukowitschs Legitimität nur so lange, als er europäische Forderungen nach neuen Handelsvereinbarungen und strengen wirtschaftlichen Reformen akzeptierte, die vom IMF verlangt wurden. Als Janukowitsch über diese Verträge verhandelte, wurde er gelobt, aber als er den Preis für die Ukraine als zu hoch befand und sich für ein grosszügigeres Abkommen mit Russland entschied, wurde er sofort zu einem Angriffsziel für Regimewechsel.»

**Die grösste Beute der NED**

Somit haben wir zu fragen, was Herr Putin gefragt hat: «Warum?» Warum hat NED 65 Projekte in einem fremden Land finanziert? Warum bereiten Vertreter Washingtons einen Austausch Präsident Janukowitschs vor, der 2010 legal und demokratisch gewählt worden war, der angesichts von Demonstrationen die Wahlen

vorverlegte, damit er aus dem Amt gewählt werden hätte können – nicht von einem Mob hinausgeworfen? Janukowitsch machte wiederholt wichtige Zugeständnisse, darunter eine Amnestie für die Verhafteten, und bot am 25. Januar an, zwei seiner Gegner zu Premierminister und Premierminister-Stellvertreter zu machen; alles vergeblich; Schlüsselemente der Demonstranten und die hinter diesen Stehenden wollten ihren Putsch.

Carl Gershaman, Präsident der NED, schrieb im vergangenen September, dass «die Ukraine die grösste Beute ist.» Der Mann weiss, wovon er spricht. Er hat die NED seit ihrem Beginn geführt, wobei er die Rosenrevolution in Georgien (2003), die Orange Revolution in der Ukraine (2004), die Zedernrevolution im Libanon (2005), die Tulpenrevolution in Kirgisistan (2005), die Grüne Revolution im Iran (2009) und jetzt wieder die Ukraine betreut hat. Es ist, als hätte der Kalte Krieg nie geendet.

Die derzeitige ungezügelt Feindseligkeit der amerikanischen Medien gegenüber Putin spiegelt ebenfalls eine alte Praxis wider. Die USA sind so daran gewöhnt, dass Führer der Welt ihren Mund halten und Washingtons Politik nicht in dem Ausmass kritisieren, das deren Verbrechen entspricht, dass wenn ein Vladimir Putin daherkommt und auch nur eine relativ milde Verurteilung zum Ausdruck bringt, er zum Staatsfeind Nummer eins erklärt wird und seine Worte dementsprechend lächerlich gemacht oder ignoriert werden.

Am 2. März verurteilte US-Aussenminister John Kerry Russlands «un glaublichen Akt der Aggression» in der Ukraine (Krim) und drohte mit Wirtschaftssanktionen. «Man benimmt sich im 21. Jahrhundert einfach nicht wie im 19. Jahrhundert, indem man unter einem völlig erfundenen Vorwand in ein anderes Land einmarschiert.»

Irak war im 21. Jahrhundert. Senator Kerry hat dafür gestimmt. Scheinheiligkeit dieser Grössenordnung verdient Respekt.

*US-Autor William Blum war früher beim State Department beschäftigt, das er 1967 wegen seiner Opposition zum Vietnamkrieg verliess. Auf Deutsch u.a.: Schurkenstaat. Leitfaden zum Verständnis der einzigen noch verbliebenen Supermacht, Kai Homilius Verlag, Berlin. Quelle: antikrieg.com*



**Völkerrechtsverletzung in der Ukraine**

**Unerträglich verlogen**

Von Konstantin Wecker

Kanzlerin Angela Merkel hat Präsident Wladimir Putin vorgeworfen, mit der «unakzeptablen russischen Intervention auf der Krim gegen das Völkerrecht verstossen zu haben». Recht so, Frau Merkel.

US-Präsident Barack Obama unterstrich in einem Telefonat mit der Kanzlerin, dass die russischen Intervention in der Ukraine «absolut unrechtmässig» sei, hiess es am Sonntagabend aus US-Regierungskreisen. Zuvor hatte bereits US-Aussenminister John Kerry Russland vorgeworfen, gegen das Völkerrecht zu verstossen. Richtig, Mister President und Mister Kerry.

Mir schnürte es das Herz zu, als ich sah, wie die wenigen mutigen Pazifisten in Russland bei ihrer Demonstration für den Frieden verhaftet wurden und vermutlich für lange weggesperrt.

Was ich zum Kotzen finde, Frau Bundeskanzler, ist, dass Sie alle Verstösse der USA oder der NATO gegen das Völkerrecht anscheinend völlig in Ordnung finden. Ich habe keinen auch nur irgendwie ähnlich gearteten Vorwurf in dieser Richtung von ihnen gehört. Oder habe ich nicht gut genug hingehört? Haben Sie es vielleicht vor sich hin genuschelt irgendwann?

Mit ihrem Krieg gegen Jugoslawien ohne UN-Mandat haben die NATO-Staaten das Völkerrecht gebrochen und dabei die Öffentlichkeit manipuliert. Und das ist nur ein Beispiel von vielen.

Der Militärschlag der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten gegen das Regime von Saddam Hussein gilt bei vielen deutschen Völkerrechtsexperten für unzulässig. Ich kann mich

nicht erinnern, dass Sie Mister Bush für diesen ungeheuerlichen Krieg jemals gemassregelt hätten, Frau Bundeskanzlerin.

Mister Obama, auch wenn ich lange grosse Sympathien für Sie empfand, wer mit Drohnen Tausende von Verdächtigen und Zivilisten als Kollateralschaden ohne Gerichtsverhandlung ermordet, hat meiner Ansicht nach jede Berechtigung verloren, anderen Staatspräsidenten Belehrungen über internationales Recht zu erteilen.

Es ist wahr, es müssen nun alle diplomatischen Versuche unternommen werden, einen Krieg zu verhindern. Ich bin und bleibe Pazifist, und keiner soll mir je unterstellen, ich hätte Sympathien für das System Putin.

Aber ich kann diese Verlogenheit nicht mehr ertragen.

Glaubt ihr, Frau Merkel hätte sich nur eine Sekunde aus dem Fenster gelehnt, wenn die Vereinigten Staaten von Amerika sich das Recht herausgenommen hätten, in welchem Land auch immer das Militär zum Schutz amerikanischer Bürger einzusetzen?

Genauso lautet die Rechtfertigung Putins für seinen Aufmarsch.

Viele meiner FreundInnen sind bei ihren Versuchen, gegen die völkerrechtswidrigen Kriege der NATO und der USA zu demonstrieren, ähnlich martialisch verhaftet worden, wie die Friedensfreunde in Russland.

Das moralische Aufheulen unserer Politiker gegen Russland ist Heuchelei.

Ich empfinde Solidarität mit den PazifistInnen in der Ukraine, in Russland, in den USA und in Europa.

Solidarisch mit unseren politischen Führern kann ich nicht sein.

Quelle: wecker.de

**SICHERHEIT SCHAFFEN:  
Mit Bildung und Gesundheit statt Waffen**  
**CRÉER LA SÉCURITÉ  
par l'éducation et la santé, non par les armes**

**OSTERMARSCH  
MARCHÉ DE PÂQUES**

**Ostermontag - 21. April 2014 - Bern  
Lundi de Pâques - 21 avril 2014 - Berne**

**13.00 - Auftakt / Départ**  
Eichholz an der Aare / Eichholz au bord de l'Aar  
Tram 9 ab Hauptbahnhof bis Endstation Wabern / Tram 9 depuis la gare en direction de Wabern, descendre au terminus de Wabern  
Ostermarsch - entlang der Aare  
Marche de Pâques - le long de l'Aar

**14.30 - Schlusskundgebung / Clôture**  
Münsterplatz / Place de la Collégiale  
mit / avec Claudia Haydt,  
Informationsstelle Militarisierung e.V. /  
Bureau d'information sur la militarisation (Association enregistrée)  
www.imi-online.de

**MUSIK / MUSIQUE:**  
**OLGAS BAGASCH**  
Klezmer, Gipsy, Chansons  
russischer Salat aus Bern / salade russe de Berne  
www.olgاسبagasch.ch

Feines Essen und Trinken aus dem Jura  
Restauration jurassienne  
www.marchebio.ch

ostermarschbern.ch  
marchedepaques.ch

**Sicherheit schaffen:  
Mit Bildung und Gesundheit statt Waffen**

Aufgabe des Staates ist es, für die Sicherheit seiner Bevölkerung zu sorgen. Eine sichere Gesellschaft baut auf Bildung und Gesundheit für alle. Stattdessen will die Schweiz neue Kampffjets anschaffen und mehr Waffen exportieren. Waffen schaffen aber keine Sicherheit. Sie verbreiten Angst, zerstören und töten. Und sie dienen vor allem der militärischen Geschäftemacherei.

**Deshalb sagen wir:**

- Ja zur Förderung von Aufgaben, die wahre Sicherheit bringen: Bildung, Gesundheit, Arbeit im Dienst des Gemeinwohls
- Nein zur Anschaffung neuer Kampffjets
- Nein zu Kriegsmaterialexporten

**Construire la sécurité par l'éducation et la santé, non par les armes**

Construire la sécurité de la population est un devoir de l'État. La sécurité d'une société est fondée sur l'éducation et la santé pour toutes et pour tous. Au lieu de cela, la Suisse veut se procurer de nouveaux avions de combat et exporter davantage d'armes. Mais les armes ne créent pas de sécurité. Elles sèment la peur, détruisent et tuent. Et elles profitent avant tout à l'affairisme militaire.

**C'est pourquoi nous disons:**

- Oui à la promotion des tâches qui apportent la sécurité: l'éducation, la santé, le travail au service du bien commun
- Non à l'achat de nouveaux avions de combat
- Non à l'exportation de matériel de guerre

Der Ostermarsch wird getragen von / La marche de Pâques est soutenue par:  
Basler Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt / Union des Femmes pour la Paix et le Progrès cid - Die feministische Friedensorganisation / cid - l'ONG féministe pour la paix • Christkatholisches Pfarramt Bern / Cure catholique-chrétienne de Berne • Demokratische Juristinnen Schweiz / Juristes Démocrates de Suisse • Erklärung von Bern, Regionalgruppe Bern / Déclaration de Berne, Groupe régional de Berne • Evangelisch-methodistische Kirche (Bezirk Bern und Schweiz, Ausschuss für Kirche und Gesellschaft) / Église évangélique méthodiste (District de Berne et Commission Église et Société) • Frauen für den Frieden Schweiz / Femmes pour la Paix Suisse • Friedensdorf / Village de la Paix • GSA-Gruppe für eine Schweiz ohne Arme / GSA - Groupe Suisse sans Armée • HEKS Bern / IFOR Schweiz / MIR Suisse • Katholische Kirche Region Bern - Fachstelle Kirche im Dialog / Église catholique romaine dans le canton de Berne • OeME-Kommission der Evang.-ref. GesamtKirchengemeinde Bern / Commission terre nouvelle de la paroisse générale réformée de Berne • Reformierte Kirchen Bern-Jura-Solothurn, Bereich OeME-Migration • Religiös-Sozialistische Vereinigung der Deutschschweiz • Schweizerische Friedensbewegung SFB / Mouvement Suisse de la Paix • Schweizerischer Friedensrat SFR / Conseil Suisse pour la paix • SCI Schweiz / SCI Suisse • Sektore Terre Nouvelle de l'arrondissement francophone des Églises réformées Bernes-Jurasoleure • StopArmut 2015 / StopPauvreté 2015 • Theologische Bewegung für Solidarität und Befreiung / Mouvement théologique de solidarité et de libération • WILFFSchweiz

ostermarschbern.ch  
marchedepaques.ch

## Cuban Five: Internationales Volkstribunal in London

## Schlüssel liegt in Washington

Am 7. und 8. März 2014 fand im altherwürdigen Gebäude der renommierten «Law Society» in London in Anwesenheit von gegen 300 Gästen aus 27 Ländern – darunter vier Mitgliedern der Vereinigung Schweiz-Cuba – eine Anhörung zum Fall der Cuban Five statt. Die Anhörung hatte zum Ziel, die ungeheuerlichen Machenschaften um diese politischen Gefangenen endlich einer breiteren Öffentlichkeit – vorab in den USA – bekannt zu machen und die in Kerkerhaft verbleibenden drei Mitglieder der Cuban-Five schliesslich freizubekommen. Natalie Benelli, Volker Hermsdorf und Samuel Wanitsch berichten aus London.

Die Idee, diese Tradition des Volkstribunals (Russell 1966 zu Vietnam, Bologna 1979, Palästina 2010–2012) aufzugreifen, wenn internationales Recht gebrochen wird, wurde von Organisationen der europäischen Kuba-Solidarität in Zusammenarbeit mit englischen Gewerkschaften realisiert. Die Lancierung erfolgte mit einem Appell von 180 prominenten Erstunterzeichnenden, der schliesslich von gegen 6000 Einzelpersonen aus aller Welt unterstützt wurde (siehe [www.voicesforthe5.com](http://www.voicesforthe5.com)).



Die hochrangige dreiköpfige Untersuchungskommission, bestehend aus dem ehemaligen Vorsitzenden des Obersten Indischen Gerichtes, Yogesh Kumar Sabharwal, dem französischen Ex-Verfassungsrichter Philippe Texier und Zakeria Mohammed Yacoob, von 1998 bis 2013 Mitglied des südafrikanischen Verfassungsgerichts, hörte an den beiden Verhandlungstagen zahlreiche Zeugen zur Vorgeschichte des Falles, dem Prozessverlauf, der Höhe der jeweiligen Strafen und den Haftbedingungen an.

## Selbstverteidigung

Zu Beginn legte der Spezialermittler des kubanischen Innenministeriums für Terrorakte, Leutnant Colonel Roberto Hernández Caballero, eine Übersicht der von Miami aus organisierten Angriffe gegen Menschen und Einrichtungen in seiner Heimat vor. Demnach wurden seit dem Sieg der Revolution im Jahr 1959 bisher 713 Terroranschläge registriert, bei denen rund 3500 Menschen getötet und mehr als 2100 verletzt worden waren. Auch ausserhalb Kubas mordeten die in Miami beheimateten Terroristen. Die Zeugin Mariá Margarita Morales Fernández verlor ihren Vater Luis Alfredo 1962 durch das Attentat auf die Passagiermaschine der «Cubana Aviación» vor Barbados. Als weitere Zeugin trat Betina Palenzuela Corcho auf, deren Mutter Adriana 1976 in Lissabon durch eine von Terroristen in der kubanischen Botschaft platzierte Bombe getötet worden war. Auch auf kubanische Einrichtungen und Reiseagenturen in Lateinamerika und den USA waren mehrfach Anschläge verübt worden. Der aus den Staaten angereiste stellvertretende Direktor des alternativen Senders «Radio Miami», Lorenzo Gonzalo, bestätigte in seiner Aussage, dass die USA in keinem dieser und zahlreicher anderer Fälle Massnahmen gegen die

von ihrem Boden aus operierenden Terroristen ergriffen hatten. In einer derartigen Situation mit «Targeted Killing», erläuterte der Hamburger Völkerrechtler Professor Norman Paech, stehe gemäss UN-Charta Art. 51 jedem Land das Recht auf Selbstverteidigung zu. Aus diesem Grund, sagte Colonel Hernández Caballero, habe Kuba Aufklärer nach Miami geschickt, um weitere Anschläge zu verhindern.

Einer der Fünf Kubaner, der im Mai 2013 nach Verbüssung seiner Strafe

in seine Heimat zurückgekehrte René González konnte seine Erklärung vor der Kommission nicht wie geplant persönlich, sondern nur über eine Skype-Schaltung live aus Havanna abgeben, weil Grossbritannien ihm die Einreise verweigert hatte. Die drei Richter werteten das als erneute Schikane sowohl gegen René als auch gegen sie als Untersuchungskommission und warfen der britischen Regierung vor, dem Druck der USA nachgegeben zu haben und damit die Aufklärung des Falles zu behindern. René González selbst gab sich dennoch zuversichtlich. »Sie wollten mich nicht nach London lassen, aber jetzt bin ich doch da und mitten unter Euch«, grüsste er von der riesigen Leinwand, und es kam zu einem kurzen, berührenden Austausch mit seiner im Saal anwesenden Tochter Irmita. Er machte sodann seine Aussage über den Prozess, über die Einschüchterungsversuche des FBI, die wiederholte Isolationshaft und die Schikanen gegen seine Familie. Nachdem das Publikum den Zeugen mit minutenlangem Applaus stehend gefeiert hatte, verglich der blinde Richter Zakeria Mohammed Yacoob die Methoden der USA im Umgang mit den Cuban Five mit denen des südafrikanischen Apartheid-Regimes, gegen das er selbst Widerstand geleistet hatte. Zum Abschluss bekundete er den Aufklärern deshalb seinen Respekt: «Sie sind Männer von Ehre, Mut und hoher Moral.»

## Vorverurteilung und Hetze

Dasselbe attestierte den fünf kubanischen Kundschaftern auch die Bestsellerautorin und Pulitzer-Preisträgerin Alice Walker am zweiten Verhandlungstag auf einem – zur Feier des Internationalen Frauentages am 8. März – ausschliesslich mit Frauen besetzten Podium.

Vorher hatten Anwälte, eine Mutter, drei Ehefrauen und eine Tochter über

die Vorverurteilung in den Medien, von der US-Regierung gekaufte Journalisten, Drohungen gegen Zeugen und Jurymitglieder in den Verhandlungen, ständige Schikanen in der Haft und wiederholten Rechtsverletzungen gegenüber den Gefangenen und deren Familien berichtet. Gemäss Martin Garbus, einem renommierten US-Prozessverteidiger, war der Gerichtsprozess von der Verhaftung über die Prozessführung bis hin zur Verurteilung unrechtmässig. Besonders interessant und wichtig hervorzuheben ist dabei die mediale Manipulation in Florida: Journalisten von «Miami Herald», CBS und NBC wurden von der US-Regierung (!) bezahlt, um vor Ort ein entsprechend anti-kubanisches Klima zu schaffen. Und dies obwohl US-Recht verbietet, dass Journalisten bezahlt werden für Artikel, die die Jury beeinflussen könnten. Ein Journalist erhielt über die Zeit des siebenmonatigen Prozesses nachgewiesenermassen 276 000 Dollars. Viele der Schreiber waren gar nicht Journalisten sondern Veteranen der Schweinebucht-Invasion und der Operation Mongoose. Im Durchschnitt wurden täglich sechs Artikel publiziert, zum Teil mit absurdesten Behauptungen wie Kuba sei daran, eine Invasion in den USA vorzubereiten oder dass es in Cuba zu einem Genozid gekommen sei. Allein im «Miami Herald» erschienen 1100 Artikel. Einige Journalisten «begleiteten» Geschworene bis zu ihren Autos, um ihre Identität aufzudecken und sie in der Öffentlichkeit so sehr unter Druck zu setzen, dass sie mit einem Freispruch für die Fünf ihr Leben riskiert hätten. Von all dem begann man erst im September 2006 zu wissen... Es wurden schliesslich sechs Journalisten bei Miami Herald entlassen, drei von ihnen aber auf Druck der Exil-Cuba-Gemeinde wieder eingestellt...

## Washingtons Einfluss

Philip Horowitz, der Verteidiger von René González und dessen Familie, schilderte mit klaren Worten die unmenschlichen Bedingungen während der 17 Monate Isolationshaft.

Beweismaterial sei für ihn nie frei zugänglich gewesen; das Gericht bestimmte, zu was er Zugang hatte. Spürbar im ganzen Verfahren: Die US-Regierung habe die Spielregeln bestimmt. Und mit dem Gerichtstermin drei Monate nach 9/11 war ein härteres Urteil «gegen Terroristen» vorauszusehen. Der achtjährige Rekursprozess danach ist der längste in der US-Justizgeschichte. Dabei habe die Regierung die Verteidigung bis aufs Blut bekämpft – «fighting tooth and nails» – und verweigerte der Verteidigung jedwelche Reisen nach Havanna. Aber trotz all dieser Schikanen gelang es ihr nicht zu verhindern, dass René am 7. Oktober 2011 die Entlassung aus dem Kerker schaffte. Doch folgte die sonst völlig unübliche Anordnung von drei Jahren Hausarrest. Wegen des Todes seines Bruders durfte René vierzehn Tage in «Heimurlaub». Wieder zurück in Florida verstarb auch sein Vater. Bei der zweiten Rückkehr nach Kuba konnte der Anwalt die endgültige Ausreise bzw. Bleibe in Kuba erwirken, bei Verzicht von René auf seine US-Staatsbürgerschaft.

Eindrücklich auch die Worte des ehemaligen US-Justizministers Ramsey Clark zur Bedeutung des Falles für die internationale Gerechtigkeit und den Frieden:

Die Haltung der Fünf drücke die Wandlung von der alten zu einer neuen Form der Gesellschaft aus, in welcher man teilt, Zugang zu Gesundheit ermöglicht, nicht nur für die eigenen Kinder, sondern für die gesamte Welt.

«Gerechtigkeit ist die Grundvoraussetzung für Weltfrieden».

Der Spanier Miguel Angel Martínez (Vizepräsident des Europäischen Parlaments) sprach von den «nicht existierenden Beziehungen der EU zu Kuba», dass mit dem Engagement fortschrittlicher Kräfte jedoch nach neuen Wegen gesucht werde, um die Unterwürfigkeit gegenüber dem Imperium aufzubrechen. Er entlarvte den US-Imperialismus anhand der konkreten Beispiele, wie er in Lateinamerika seit Jahrzehnten alle fortschrittlichen Regierungen konsequent aus dem Weg räumte.

## Amnesty fordert Revision

Nach Einschätzung von Peter Schey, Präsident und Exekutivdirektor des «Center for Human Rights and Constitutional Law» (CHRCL) in Los Angeles ist der Abschuss von zwei Kleinflugzeugen der militanten exilkubanischen «Brothers to the Rescue» das Schlüsselement des ganzen Falles, an dem die doppelt-lebenslange Strafe von Gerardo Hernandez mit «Verschwörung zum Mord» festgemacht wird. Man staune: Der Antrag auf Herausgabe der Satellitenbilder, welche gezeigt hätten, dass sich die Flugzeuge zum Zeitpunkt des Abschusses innerhalb des kubanischen Luftraumes befanden, wurde mit der Aussage beantwortet, dass – aus Gründen der nationalen Sicherheit – weder bestätigt noch dementiert werde, dass die Bilder existieren...

Amnesty International – vertreten durch Angela Wright, der Verfasserin des ai-Berichts zu den Cuban Five – bestätigte ihre Zweifel im Hinblick auf die Unparteilichkeit des Verfahrens der Fünf in den USA verurteilten kubanischen Helden und Antiterroristen und wiederholte ihre Forderung, den Fall zu revidieren, um die begangenen Ungerechtigkeiten zu beseitigen.

## Politische Lösung als einziger Ausweg

Erste vorläufige Schlussfolgerungen verfassten die Richter in 13 Punkten (siehe [www.cuba-si.ch](http://www.cuba-si.ch)). Fazit: «Der Schlüssel für die Freiheit der noch inhaftierten drei Mitglieder der «Cuban Five» liegt in Washington». In den USA sei das Szenario geschaffen worden, das ihre Gerichtsverhandlungen zu politischen Schauprozessen und die gegen sie verhängten unverhältnismässigen Strafen ermöglichte. Das durch politischen Druck an den «Cuban Five» verübte Unrecht – so die übereinstimmende Aussage der Experten – kann nur durch eine politische Entscheidung korrigiert werden.

Als nächsten Schritt nach der Anhörung in London bereitet das «Internationale Komitee für die Freiheit der Cuban Five» vom 4. bis 11. Juni 2014 eine Aktionswoche in der US-Hauptstadt Washington vor. Hunderte prominente Bürger aus den USA und anderen Ländern haben sich dem Aufruf unter dem Motto «Fünf Tage



für die Cuban 5» bereits angeschlossen. Nach den ersten mehrtägigen Demonstrationen für die Freiheit der kubanischen Aufklärer in Washington im Jahr 2012 ist die diesjährige Manifestation bereits die dritte Aktionswoche in der Hauptstadt der USA. Die Organisatoren bereiten für dieses Jahr ein umfangreiches Programm vor.

Unter anderem sind Besuche bei Abgeordneten und Auftritte im Kongress geplant, zahlreiche kulturelle Veranstaltungen und Informationsangebote sollen durch die Präsentation des Falles in sozialen Netzwerken ergänzt werden. Eine zweitägige Konferenz will sich in Plenarsitzungen und Workshops mit juristischen und politischen Möglichkeiten zur Unterstützung der noch Inhaftierten beschäftigen und Lösungsmöglichkeiten des Falls als Voraussetzung für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und Kuba erarbeiten. Höhepunkt soll, wie in den Vorjahren, die «White House Rally» sein: Am 7. Juni 2014 um 12 Uhr mittags wollen hunderte Aktivisten direkt vor dem Weissen Haus von US-Präsident Barack Obama mit grossen Transparenten und Plakaten foto- und kamera-wirksam die Freilassung der «Cuban Five» fordern. Zu der Aktionswoche erwarten die Veranstalter dutzende Parlamentarier, Anwälte, Gewerkschafter und weitere Unterstützer aus aller Welt. Im vergangenen Jahr hatten sich Teilnehmer aus 23 Ländern an den Protesten in Washington beteiligt. Weitere Informationen unter: <http://5daysforthe5.com/>

Originaltexte erhältlich bei der Vereinigung Schweiz-Cuba, Postfach 12, 4314 Zeiningen

[www.cuba-si.ch](http://www.cuba-si.ch). Email: [national@cuba-si.ch](mailto:national@cuba-si.ch)

Buchtipps: Stephen Kimber: «What lies across the Water – The real Story of the Cuban Five» (Fernwood Publishing – Halifax/Winnipeg)

Redaktionsschluss dieser UW  
13. März 2014



**carteles cubanos**  
por la paz y contra la guerra  
**affiches cubaines**  
pour la paix et contre la guerre  
**kubanische plakate**  
gegen den krieg und für den frieden

Vierfarbige Broschüre,  
48 Seiten im Format A4. Reich illustriert.  
Texte spanisch, deutsch und französisch.  
Dazu 20 lose Poster im Format A3.

Gesamtpreis inkl. Versand: Fr. 20.-

Bestellung über  
061 681 03 63 resp. [sfb@bluewin.ch](mailto:sfb@bluewin.ch)

Vereinigung Schweiz-Cuba VSC | Schweizerische Friedensbewegung SFB



Eine kleine vietnamesische Soldatin bewacht mit einem Gewehr US-Pilot Colonel Dewey Wayne Waddell. Das Bild entstand bei den Dreharbeiten des Dokumentarfilms «Piloten im Pyjama». Im Film werden amerikanische Bomber-Piloten interviewt, die von den Vietnamesen gefangen genommen wurden. Foto: Thomas Billhardt / © Camera Work

## Ein Stück Weltgeschichte in Bildern

# Anteil nehmen

Thomas Billhardt – Fotografie, Mit einem Essay von Steffen Lüddemann, 49,95 Euro, Edition Braus, Berlin 2013, www.editionbraus.de. Erhältlich bei Buchhandlung Waser, Rümelinsplatz 17, 4001 Basel, 061 261 02 89

### Von Antoinette Mächtlinger

Ja, wo anfangen in einem Buch mit 500 Fotografien? Nehmen wir das Titelbild. Es ist eine Ikone, die um die Welt ging. Auf den ersten Blick sehen wir ein Liebespaar, das Hand in Hand von uns weg durch einen stillen Park geht, aber im selben Atemzug nehmen wir den Helm auf dem Kopf des jungen Mannes wahr, und an den Schultern der Beiden die Gewehre mit den spitzen Bajonetten. Vietnam 1969. «Ich wollte, dass die Leute überall auf der Welt Anteil am Schicksal der Menschen in Vietnam nehmen», sagt der Fotograf.

Thomas Billhardt, 1937 in Chemnitz geboren, ausgebildeter Reportagefotograf, betrachtet bis 1989 das Weltgeschehen aus DDR-Perspektive, aber ohne Scheuklappen. Er hat das Privileg, in der ganzen Welt herumzusehen; in diesem Band finden sich Bilderserien aus der Sowjetunion, aus

Chile, Bangladesch, Italien, Libanon, Nicaragua, Kambodscha, Mosambik, China. Von Billhardt gibt es mehr als 20 Bücher, und die Liste seiner Ausstellungen erstreckt sich von Hanoi über Moskau quer durch Europa bis nach New York und Chile.

Das vorliegende Buch mit dem lakonischen Titel präsentiert eine Auswahl von Aufnahmen zwischen 1958 und 2009. Es ist locker chronologisch und nach Ländern geordnet. Dem Bildteil ist ein Essay von Steffen Lüddemann vorangestellt, der tiefe Einblicke in Billhardts Begeisterungsfähigkeit, aber auch in seine Desillusionierung gewährt. Die Einführungstexte zu den einzelnen Kapiteln sind angenehm kurz und informativ. Doch geht es ja um Bilder. Pflücken wir uns also einige heraus. Ein frühes Kapitel heisst Kuba 1961. Die Kuba-Reise bezeichnet Billhardt später als sein «Erweckungserlebnis». Aufbruchsstimmung, Lebensfreude, strahlende

Frauen, Fidel und Che Guevara. Ganz anders die letzten beiden Themen, Manila 2004 und Jakarta 2009. Hier fotografiert Billhardt im Auftrag von UNICEF Müllhalden und Elendsviertel. Doch gibt es immer auch einen Hoffnungsschimmer: eine Geburtsklinik, eine strahlende Frau in einem fruchtbaren Feld.

Werfen wir einen Blick auf jene beiden Länder, mit denen Billhardt sich besonders intensiv beschäftigt hat - oder besser: die Billhardt besonders intensiv beschäftigt haben: Vietnam und die DDR.

Vietnam 1967: Billhardt begleitet Heynowski und Scheumann bei den Aufnahmen zu ihrem berühmten Dokumentarfilm «Piloten im Pyjama». Hier entsteht eine weitere Ikone, das Bild der jungen Vietnamesin mit Strohhut und Karabiner, die einen gefangenen amerikanischen Bomberpiloten abführt. Der Pilot hat nach seiner Rückkehr in die USA erklärt, er hätte für das Bild mit seiner Bewacherin Dutzende Male vor der Kamera hin- und herlaufen müssen. Die Frage, ob das der Aussagekraft des Bildes Abbruch tut, mag der Betrachter selbst beantworten.

Es gibt von einer späteren Reise noch dieses unbeschreibliche Bild der Grossmutter mit dem toten Enkel.

Ein Bild, das schreit.

Das letzte Vietnam-Kapitel ist im Jahr 2000 entstanden. Fotos von Fo-

tos. Und von Menschen, die sie betrachten. Auf einem Platz in Hanoi lässt Billhardt grossformatige Abzüge seiner Bilder anbringen, um nach Menschen zu suchen, die er im Krieg fotografiert hat. Und er hat einige gefunden.

DDR, 1960er Jahre: Eine doppelte Flugaufnahme vom Zentrum Ostberlins. Der Alex und die weitere Umgebung als riesige Baustelle. Die Trümmer sind längst weggeräumt, aber die Leere ist noch spürbar. Mitendrinnen das Haus des Lehrers, und dahinter endlose Plattenbauten.

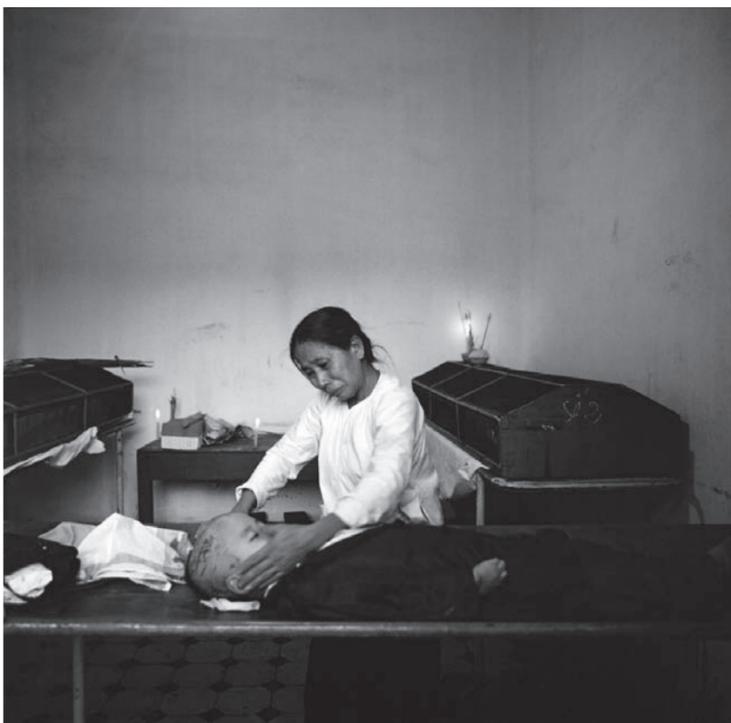
Berlin 1964: Der DDR-Fotograf betrachtet die Mauer von Westen. Ein schauerliches Bild mit einem grossen Kreuz und dem Foto eines Toten, darüber von Hand geschrieben: „Du könntest unser Bruder sein“.

Dann die 1970er Jahre: Staatsbesuche, Breschnews Bruderkuß samt Fotografen rundum, Armeeparade, fröhliche Jugend, emsige Arbeiterinnen. Auch schwelender Rauch über einem Industriequartier.

Dagegen ein Bild aus den 1980er Jahren: vor dem Marx-Engels-Denkmal hocken sichtbar gelangweilte Jugendliche herum und drücken lauter Überdruß aus. Und wiederum im Gegensatz dazu eine Reihe Kleinkinder in den Einheits-Bademäntelchen der Krippe, deren Blicke auf ein unbekanntes Ziel gerichtet sind mit einer Konzentration, die auf die niedli-



Kambodscha. Foto: Thomas Billhardt / © Camera Work



«Das Bild entstand 1972 in Hanoi, nachdem die Amerikaner eine Rakete in ein Wohnviertel gefeuert hatten. ... Ich war auch in der Leichenhalle, wo sich mir Schreckliches darbot. Und plötzlich hörte ich ein Wimmern aus der Ecke. Da hockte eine alte Frau vor der Bahre mit ihrem toten Enkel.» Foto: Thomas Billhardt / © Camera Work



Diese Aufnahme von Thomas Billhardt entstand im Rahmen seiner Diplomarbeit auf dem Berliner Alexanderplatz in den Nachkriegsjahren. «Sie nehmen die Tasche hoch und packen etwas rein. Absolut synchron. Aber da ist nichts gestellt, wirklich nicht», gab der Fotograf in einem Interview zu Protokoll. Foto: Thomas Billhardt / © Camera Work



Thomas Billhardt  
Fotografie

Thomas Billhardt – Fotografie, Mit einem Essay von Steffen Lüddemann, ca. Fr. 66.–, Edition Braus, Berlin 2013, www.editionbraus.de. Erhältlich bei Buchhandlung Waser, Rümelinsplatz 17, 4001 Basel, 061 261 02 89

Thomas Billhardt, 1937 in Chemnitz geboren, ist ein deutscher Fotograf und Publizist. Besonders bekannt wurde er in der DDR durch seine Photos aus Vietnam und Palästina. 1959 bis 1963 absolvierte er ein Studium an der Hochschule für Graphik und Buchkunst (HGB) in Leipzig mit Abschluss als Diplom-Photographiker. 1962 wurde er Mitglied im Verband Deutscher Journalisten und arbeitete 1963 bis 1971 als freischaffender Photograph. 1968 trat er der SED bei. 1972 bis 1981 war er Arbeitsgruppenleiter bei der Deutschen Werbeagentur (DEWAG) Berlin und 1982 bis 1989 Leiter des Studios Billhardt beim Verlag für Agitations- und Anschauungsmittel. Seit 1989 ist Billhardt Mitglied des Deutschen Journalistenverbandes. ... Billhardt erhielt 1969 den Kunstpreis der DDR, 1987 den Nationalpreis der DDR. Er hatte zahlreiche internationale Photoausstellungen, u.a. die UNICEF-Ausstellung «Kinder der Welt» in New York 1989. Billhardt sieht sich selbst eher als künstlerischen denn als politischen Photographen. Sein Archiv bis 1999 ist im Besitz von CAMERA WORK. Thomas Billhardt lebt in Italien und in Berlin. (aus camerawork.de)

chen Puppengesichter die Ernsthaftigkeit Erwachsener malt. (Apropos Bademäntelchen: Da gab es doch in der Geschichte der DDR-Fotografie schon einmal einen Fall. Die Bademäntelchen waren gestreift, und daraus schlossen gewisse westliche Medien, dass es sich um Kinder in einem Frauengefängnis handeln müsse.)

Herbst 1989! Protestierende soweit das Auge reicht. Mutter und Kind tragen eine DDR-Fahne, deren innerer Teil mit einem sorgfältig aufgenähten weissen Kreis überdeckt ist. Auf einem Schild steht: Mit ganzer Kraft zur sozialen Marktwirtschaft.

### Aufnahme verpasst

Haben Sie mal einen historischen Moment erlebt, wo Sie die Kamera nicht dabei hatten und worüber Sie sich heute noch ärgern?

Einen solchen Moment hat es gegeben. Und das Schlimmste war: Ich hatte die Kamera dabei! Das war bei meinem ersten Aufenthalt in Kuba. Die Revolution war noch im Gange, und ich wurde Zeuge, wie in meinem Hotel in Havanna das Spielcasino geschlossen wurde. Da standen die Spieler, die Reichen, die Süchtigen, die alle einen Ausreiseantrag gestellt hatten, also weg wollten. Heute weiss ich, dass ich dieses Bild hätte machen müssen: da draussen die Revolutionäre, die Alphabetisierer, die Schöne mit der Pistole, die auch mit in dem Bildband ist, und da drinnen die Dekadenz... Ich habe die Gesichter gesehen und habe sie nicht fotografiert.

(Aus einem Interview mit der Thüringischen Landeszeitung)

Nationalrat erleichter Waffenexporte

# Rüstungshöriger Rat

Von Unabhängigkeit der schweizerischen Rüstungsindustrie kann keine Rede sein, meint Heinrich Frei zum Entscheid des Nationalrates, Kriegsmaterialexporte zu erleichtern.

Von Heinrich Frei

CVP, FDP und SVP Politiker argumentierten im Nationalrat, bei der Erleichterung von Waffenexporten gehe es auch darum, dass wir unabhängiger werden von ausländischen Rüstungsunternehmen. Wie ist denn die Situation heute bei den grössten Rüstungsproduzenten in der Schweiz tatsächlich?

Die grossen einheimischen Produzenten von Kriegsmaterial sind im Besitz von ausländischen Konzernen. Rheinmetall ist ein grosser deutscher Rüstungskonzern, der in der Schweiz an verschiedenen Standorten produziert. Rheinmetall hatte 1999 die damals marode Firma Oerlikon-Contraves übernommen. Die Firma Mowag in Kreuzlingen gehört dem US-Rüstungsgiganten General Dynamics.

**Geschäft ist Geschäft**

Sowohl die Rheinmetall wie Mowag sind abhängig in der Produktion und von den Zulieferungen ihrer Mutterunternehmen im Ausland. Auch die bundeseigenen subventionierten Rüstungsbetriebe Ruag sind abhängig von ausländischen Zulieferfirmen, so gut wie der Flugzeughersteller Pilatus in Stans der seine Fluggeräte zum Teil aus Kostengründen in Tschechien, Portugal und Polen zusammenbauen lässt. Von Unabhängigkeit der schweizerischen Rüstungsindustrie kann also keine Rede sein.

Wie beim Stockholm Research Institute SIPRI nachzulesen ist, tätigt



Wurde vom Nationalrat nicht im Regen stehen gelassen: Der Ableger des deutschen Rheinmetallkonzerns in Zürich-Oerlikon. Foto Frei

Rheinmetall sowohl mit Russland wie mit China Rüstungsgeschäfte. Das ist ja nicht neu: Schon im 1. Weltkrieg belieferten sowohl deutsche wie französische Waffenfabrikanten beide Kriegsparteien. Geschäft ist Geschäft ist auch noch heute die Devise der Rüstungsindustrie, hüben wie drüben.

**Nichts absolut Neues unter der Kuppel**

Mit dem Beschluss des Nationalrates sollen Pakistan und Saudi-Arabien in den «Genuss» von Kriegsmaterial aus der Schweiz kommen. Betroffen davon sind in erster Linie die Schweizer Niederlassungen der deutschen Rheinmetall (Kanonen und Munition) und des US-Rüstungsgiganten General Dynamics (Mowag-Panzerwagen) betroffen. Zu erinnern ist: Auch in den letzten Jahren wurde Kriegsmaterial von der Schweiz nach Saudi-Arabien und Pakistan geliefert, trotz der Kriegsmaterialverordnung die dies klar verbieten würde.

Die Zahlen für Saudi-Arabien: 2013 für 21,9 Millionen Franken, 2012 für

24.8 Mio. Fr, 2011 für 20,6 Mio. Fr., 2010 für 132,6 Mio. Fr. Kriegsmaterial.

Die Zahlen für Pakistan: 2013 für 769 846 Fr., 2012: für 960 679 Fr., 2011 für 6,6 Mio. Fr., 2010 für 14 Mio. Fr. Kriegsmaterial (Zahlen laut SECO)

Sowohl in Saudi-Arabien und in Pakistan wurden die Menschenrechte mit den Füßen getreten und beide Länder waren in Kriege verwickelt. Die Saudis intervenierten in Bahrain 2011 sogar militärisch, auch mit Mowag Panzerwagen aus Kreuzlingen des US-Rüstungskonzern General Dynamics. Saudi-Arabien unterstützt heute massgeblich die Aufständischen im syrischen Bürgerkrieg.

Die Kriegsmaterialverordnung der Schweiz die seit 2008 in Kraft ist wurde bisher nicht eingehalten. Diese Verordnung untersagt klar und deutlich Kriegsmaterialexporte an Staaten die in einen «bewaffneten Konflikt verwickelt sind», und auch an Länder welche «die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen». Trotzdem gingen die Kriegsmaterialausfuhren im letzten Jahr wieder zur Hauptsache an Nato-Staaten, die in Afghanistan immer noch Krieg führen und die auch im Irak, in Libyen und auf dem Balkan Kriege geführt hatten. Diese Kriege haben namentlich im Irak Hunderttausende und in Afghanistan und in Libyen Zehntausende Tote gefordert.

Der Schweizer Waffenkunde USA tötet mit Drohnen heute noch laufend Verdächtige in Afghanistan, Pakistan, dem Jemen und in Somalia. Vor allem sind es Zivilisten, nicht Terroristen, die bei diesen aussergerichtlichen Hinrichtungen der Vereinigten Staaten umkommen. Der Krieg der USA in Afrika, auch in Somalia, wird von der US-Armee vom Africa Command in Stuttgart aus geleitet. Trotz dieses Drohnenkrieges bewilligten die Bundesrätinnen und Bundesräte in Bern an die USA 2013 Kriegsmaterialexporte im Werte von 43,8 Millionen Franken. Die Hinrichtungen der USA in Somalia mit Drohnen, ohne Prozesse, erfolgen offensichtlich mit dem stillen Einverständnis der deutschen Regierung, obwohl in Deutschland die Todesstrafe längst abgeschafft wurde. Deutschland ist der grösste Käufer von Rüstungsgütern der Schweiz. 2013 bezog Deutschland für 123,5 Millionen Franken Kriegsmaterial aus der Schweiz.

## «Linksdrall»

Gesucht für Chorprojekt in Bern

**Singfreudige**

vorab im SeniorInnen-Alter, denen die Lieder der Arbeiter- und Frauenbewegung seit der französischen Revolution näher stehen als Alpenglüh-Beschwörungen und die diese Lieder einüben, sich mit deren Geschichte und Inhalt auseinandersetzen und sie später auch vor Publikum vortragen wollen.

Alle Stimmlagen sind willkommen, Notenlesen ist keine Voraussetzung. Proben jeweils am Dienstag von 17.30 bis 19.30 Uhr in Bern.

InteressentInnen melden sich bei Renat Beck und Walter Müller, Tel. 031 992 64 80, wm-41bern@bluewin.ch

Kampfjet-Grounding an der Urne

# Nein zum Gripen

Das Komitee «Nein zu den Kampfjet-Milliarden» hat Mitte Januar bei der Bundeskanzlei gemeinsam mit einem liberal-bürgerlichen Komitee rund 100 000 Unterschriften für das Referendum gegen den Kauf von 22 Gripen-Kampfflugzeugen eingereicht. Damit wird die Bevölkerung am 18. Mai 2014 entscheiden können, ob sie Milliarden für einen Flieger ausgeben will, der bisher erst auf dem Papier existiert, oder ob diese Steuergelder angesichts leerer Kassen bei Bund und Kantonen nicht sinnvoller investiert werden können.

In zahlreichen Kantonen und Gemeinden sind für die kommenden Jahre Sparpakete geplant. Diese haben teilweise massive Einschnitte im Gesundheitswesen, bei der Bildung und bei der öffentlichen Sicherheit zur Folge. Mit dem Kauf des Gripens würde der Spardruck weiter verschärft.

In fast zwei Dritteln der Kantone sind Sparpakete am Laufen und weitere Sparmassnahmen für die kommenden Jahre geplant. Addiert man sämtliche Sparbemühungen für das Jahr 2014 zusammen, kommt man auf einen Betrag von über einer Milliarde Franken. In diesem Betrag noch nicht eingerechnet ist die im Januar 2014 bekannt gewordene Tatsache, dass bei der Schweizerischen Nationalbank (SNB) aufgrund von Bewertungsverlusten auf den Goldbeständen ein grosser Verlust entsteht. Folglich müssen Bund und Kantone im laufenden Jahr auf die Gewinnausschüttung der SNB verzichten. Für die Kantone geht es um einen Fehlbetrag von insgesamt 667 Millionen Franken, welcher im Jahr 2014 nicht zur Verfügung stehen wird. Auch in den nächsten Jahren muss damit gerechnet werden, dass die SNB keine Gewinne mehr ausschütten kann.

Die Sparmassnahmen haben längst Auswirkungen auf Bereiche, die im Alltag ganz konkrete Einschnitte zur Folge haben. Exemplarisch zeigt sich dies beim Kanton Bern: Weit mehr als 100 Millionen Franken werden in der Spitalversorgung, bei der Spitex sowie in Alters- und Behinderten-Institutionen eingespart. Zudem werden bei der Kantonspolizei Bern massiv Stellen gestrichen. Zusätzlich spart Bern bei der Bildung. Auch in Kanton Luzern wurde und wird das Bildungswesen nicht verschont. Berufsschulen und Gymnasien müssen eine Woche «Zwangsferien» einführen.

sieht das Bundes-Budget ein strukturelles Defizit von 300 Millionen Franken vor. Die Aufstockung des Armeebudget um 300 Millionen Franken von 4.7 Milliarden auf 5 Milliarden entspricht genau dem Betrag der als Defizit ab 2015 jährlich ausgewiesen wird. Das bedeutet: Wenn wir auf den Kauf neuer Kampfjets verzichten, müsste der Bund nicht sparen.

Fazit: Der Gripen-Kauf würde die geplanten Sparpakete in kommenden Jahren noch drastischer ausfallen lassen. Denn jeder Franken, den wir für den Kampfjet ausgeben, fehlt anderswo. (Quelle: stop-gripen.ch)

\*\*\*

Bereits haben sich in verschiedenen Regionen der Schweiz Abstimmungskomitees gebildet. SFB-Sekretariatsmitglied Yannick van den Berg schreibt, warum er sich im Basler Komitee engagiert.

«Ich meine, die Schweiz benötigt keine neuen Kampfjets. Daher engagiere ich mich als Vertreter der Schweizerischen Friedensbewegung beim Basler Regionalkomitee Nein zu Kampfjetmilliarden, dem sich ebenfalls VertreterInnen der Grünen (BS/BL) und Jungen Grünen (Bündnis Nordwest), der BastA!, der SP Basel und der JUSO (BS/BL) angeschlossen haben. Um die Abstimmung am 18. Mai 2014 mit keinen zukünftigen Ausgaben für teure Spielzeuge enden zu lassen, sind ab Mitte April Standaktionen und das Verteilen von Flyern im Raum Basel geplant. Auch sollen Namensinsereate aufgeschaltet werden.

Es ist beunruhigend wie rein wirtschaftliche Interessen über das Argument einer nötigen Sicherheitspolitik gerechtfertigt werden – wie bisweilen sogar propagiert wird, die Schweiz benötige den Gripen, damit sie ein neutrales Land bleiben kann. Dabei handelt es sich nicht um eine verkappte Abschaffung der Armee, wie dies die Befürworter einer Anschaffung den Gegnern vorwerfen, sondern um eine verkappte Aufrüstung, deren Sinn als äusserst umstritten zu gelten hat. Sprechen wir also bis zum 18. Mai noch mit möglichst vielen Menschen über den Sinn und Zweck der Schweizer Armee: Zum Beispiel über den Sinn von Rüstungen im Zeitalter der bald weltraumtauglichen Drohnen oder über entführende Asylpraktiken im Zeitalter der globalen Vernetzung. Ausserdem sage zumindest ich am 18. Mai ganz einfach Nein zum Gripen.»

Für weitere Infos des nationalen Komitees «Nein zu den Kampfjet-Milliarden»: [www.stop-gripen.ch](http://www.stop-gripen.ch). Infos des liberalen Nein-Komitees sind zu finden auf [www.nein-zum-gripen.ch](http://www.nein-zum-gripen.ch).

## Talon zum Mitbewegen

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_ Mail (fak.): \_\_\_\_\_

PLZ: \_\_\_\_\_ Wohnort: \_\_\_\_\_

- Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)
- Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)
- Ich möchte ein Probeabonnement der UW
- Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis \_\_\_\_\_ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, [sfb@bluewin.ch](mailto:sfb@bluewin.ch)



## Das Ringen um Palästina

## Israel will keinen Frieden

Nayef Hawatmeh ist ein Mann der Aktion aber auch der Reflexion innerhalb der Widerstandsbewegung seines Volkes. Er gilt als einer der Bezugspunkte der Linken in der Region des Levante und steht er an der Spitze der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas (DFLP), welche er 1969 mitbegründen half. Er ist Autor von über 30 Büchern und unzähliger Artikel und spricht sich für eine Verhandlungslösung im Konflikt mit Israel aus. Wir haben mit ihm über die möglichen Lösungen gesprochen für ein scheinbar endloses Problem.

Von Dalia González D.

Im Juli des vergangenen Jahres begannen unter der Schirmherrschaft der USA die ersten Friedensgespräche zwischen Israel und Palästina seit drei Jahren. Glauben Sie, dass sich der Konflikt am Verhandlungstisch lösen kann?

**Hawatmeh:** In Israel ist eine Ultra-Rechts-Regierung an der Macht, die in den besetzten palästinensischen Gebieten aggressiv vorgeht, sich im Gazastreifen und im arabischen Teil von Jerusalem weiterhin Gebiete aneignet und auch die Kolonisierung der Westbank vorantreibt: Die Regierung von Netanyahu ist definitiv keine Regierung des Friedens.

Verhandlungen finden seit 21 Jahren statt, ohne dass sie zu irgendeinem positiven Resultat geführt hätten. Jene, die im Juli begonnen haben, besitzen keinerlei rechtliche Grundlage und werden deshalb im Leeren drehen. Wir fordern einen Rückzug von diesen Gesprächen und den Beginn eines neuen Dialogs auf geeigneter Grundlage, die sich auf die Resolutionen der Vereinten Nationen abstützt. In erster Linie denke ich dabei an die Resolution der UNO vom 29. November 2012, welche Palästina als Staat in den Grenzen von 1967 anerkennt, mit Ostjerusalem als Hauptstadt. Oder an die Resolution 194 (aus dem Jahre 1948), welche die Rückkehr der Flüchtlinge begünstigt. Um die Verhandlungen zum Erfolg zu führen muss zudem der Siedlungsbau auf sämtlichen palästinensischen Territorien, die 1967 besetzt wurden, gestoppt werden. Die jetzigen Gespräche sollen im April beendet werden und bis heute zeichnet sich kein Horizont ab. Wir setzen keine Hoffnung darauf, dass die USA Druck für eine politische Lösung aufsetzen, denn die US-amerikanische Administration ist mit Israel verbündet.

Heisst das, dass Israel seine Haltung ohne Druck aus den USA nicht ändern wird?

Ich glaube nicht, dass die US-amerikanische Administration Israel unter Druck setzen wird. Der gesamte Druck muss von palästinensischer Seite kommen. Die israelische Regierung will sich ganz Jerusalem und Teile der Westbank unter den Nagel reissen und die militärische Präsenz an der palästinensisch-jordanischen Grenze aufrechterhalten, um daraus

eine Grenze zwischen Israel und Jordanien zu machen. Sie wollen die Übergänge zu den palästinensischen Gebieten, welche sich zur Zeit unter israelischer Kontrolle befinden, beibehalten, den Luftraum kontrollieren und den palästinensischen Staat komplett entwerfen. Alle diese Forderungen zeigen, dass Israel keinen Frieden anstrebt. Israel und die US-amerikanische Administration haben die Schaffung eines palästinensischen Staates und damit die Umsetzung der Resolution 181 (von 1947) der UNO-Vollversammlung verhindert, welche die Bildung von zwei Staaten vorsah.

Wenn Israel keine Absichten hat, zu einem Friedensabkommen zu gelangen: Warum hat es sich dann überhaupt an den Gesprächstisch gesetzt?

Es gibt keine Lösung auf militärischem Weg. Israel will mit den Verhandlungen Propaganda machen,



Jassir Arafat, Mitbegründer der Fatah und späterer Friedensnobelpreisträger und Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, berät sich mit Nayef Hawatmeh.

PR, während sämtliche von ihm ergriffenen Massnahmen die Türen zuschlagen und eine friedliche Lösung verhindern. Die israelische Regierung fühlt sich durch die US-amerikanische Unterstützung ermutigt. Die USA unterstützen Israel jährlich mit 3 Milliarden Dollar und mit strategischen Waffen, damit es stärkste Nation im Nahen Osten bleibt. Sie haben sich dadurch ihrer Verantwortung entzogen, unter Missachtung sowohl der UNO-Resolutionen wie auch der öffentlichen Weltmeinung.

Wäre mit einer andern israelischen Regierung, die nicht derart rechtslastig ist wie jene von Netanyahu, eine Verhandlungslösung möglich?

Das ist eine hypothetische Frage und ich werde Ihnen eine hypothetische Antwort geben. Wenn Netanyahu eine Regierung bilden würde aus seiner eigenen Partei, der rechtsextremen Likud, aus der Israelischen Arbeiterpartei, die Mitte Links steht, der religiös ausgerichteten Shas-Partei und der Meretz, welche einen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 akzeptiert, dann könnten sich die Türen zum Frieden vielleicht öffnen. Aber er will das gar nicht, er befördert eine Koalition mit der extremen Rechten und deshalb stagniert der Friedensprozess. Die jüngsten Umfrageergebnisse zeigen zudem, dass eine Mehrheit der Israelis die Regierung von Netanyahu unterstützt.

Glauben Sie, dass die USA ein Interesse an einem Ende des Konfliktes haben?

Die USA wünschen einen Frieden, der den expansionistischen Hunger Israels befriedigt. Deshalb haben sie am 29. November 2012 auch gegen die Anerkennung des Staates Palästi-

na gestimmt. Nach Aufnahme der Gespräche im vergangenen Juli meinte (Aussenminister John) Kerry vor dem Kongress, er sei sicher, dass Israel 85% der Kolonien, die es in der Westbank und in Jerusalem errichtet hat, annektieren kann. Die US-amerikanische Administration sucht nicht nach einem ausgewogenen Frieden auf der Grundlage der UNO-Resolutionen.

Also kein Frieden in Sicht?

Es gibt keine Perspektiven die auf einen kurzfristig erreichbaren Frieden weisen. Die gegenwärtigen Verhandlungen befinden sich in einer Sackgasse: Noch während sie geführt werden, hat Israel den Bau von Tausenden neuer Wohneinheiten in der Westbank und in Jerusalem angekündigt.

Wenn ich Sie richtig verstehe, müsste Palästina auf die UNO einwirken statt auf der gegenwärtigen Grundlage direkt mit Israel zu verhandeln?

Wir sind für den Rückzug aus den laufenden Verhandlungen und dafür, dass sich der Zugang des Staates Palästina zu den verschiedenen Organismen der UNO weiter konkretisiert. Es gibt viele UNO-Institutionen, wie etwa den Internationalen Gerichtshof in Haag und den Menschenrechtsrat. Dort Zugang zu erhalten hiesse die Internationalisierung, hiesse die Ausübung unserer Rechte als unabhängiger Staat in den Grenzen von 1967, und das wäre eine politische und juristische Grundlage für künftige Ver-

## Petition gegen Kauf israelischer Drohnen

## Kein Deal mit Israel

Die Schweizer Armee plant im Rahmen des Rüstungsprogramms 2015 die Anschaffung von sechs neuen Drohnen. Zwei Modelle aus Israel, Heron 1 von Israel Aerospace Industries (IAI) und Hermes 900 von Elbit Systems, werden derzeit von Spezialisten des VBS und der Armasuisse in der Endauswahl evaluiert.

IAI und Elbit Systems sind israelische Rüstungskonzerne, welche «dank» der völkerrechtswidrigen Besetzung und der zahlreichen kriegsrischen Übergriffen Israels auf die PalästinenserInnen neue Produkte entwickeln und testen konnten. Somit sind diese beiden Firmen unmittelbare Komplizen an den Verbrechen des Staates Israel.

Die Schweiz würde mit diesen Drohnen ein Produkt erwerben, das auf der Basis der israelischen Besetzung und somit der Verletzung der Vierten Genfer Konvention entwickelt wurde.

Die Schweizer Kampagne von BDS (Boycott Desinvestition Sanktionen) fordert deshalb vom Bundesrat in einer Petition, den geplanten Kauf von Drohnen aus Israel zu sistieren und die gesamte militärische Zusammenarbeit einzustellen, bis Israel das Völkerrecht einhält.

Die Petition kann bei BDS Schweiz, Postfach 4070, 4002 Basel bezogen oder über das Internet heruntergeladen werden ([www.bds-info.ch](http://www.bds-info.ch)).

handlungen. In zweiter Linie würde das auch bedeuten, dass neue Gespräche unter der Schirmherrschaft aller fünf Mitgliedsstaaten des UNO-Sicherheitsrates und nicht allein der USA stattfinden müssten. Und es würde bedeuten, dass Israel im Falle einer Missachtung der Resolutionen vor internationale Gerichte gebracht werden könnte, so wie es auch im Falle des Apartheid-Regimes von Südafrika geschehen ist. So könnten dann auch ausgewogene Verhandlungen geführt und eine friedliche Lösung erreicht werden.

Wenn wir die palästinensische Frage für einen Moment verlassen: Wie schätzen Sie die aktuelle Situation im Nahen Osten und in Nordafrika ein, vor allem in Bezug auf Syrien und die Vereinbarungen in der iranischen Nuklearfrage?

Im Nahen Osten erleben wir eine Etappe von Revolutionen und Volks-erhebungen mit dem Ziel, die diktatorischen und despotischen Regimes, seien sie nun monarchistisch oder republikanisch, zu stürzen und der Korruption ein Ende zu setzen. Diese Erhebungen wurden von der Jugend angeführt, von Hochschulstudenten, von Frauen, und ihnen schlossen sich die unteren und mittleren Klassen an, die Arbeiter, die Kleinbauern, die Arbeitslosen und Marginalisierten, und sie verlangten den Aufbau einer neuen Gesellschaft, welche das tägliche Brot und die menschliche Würde garantiert, Freiheit und soziale Gerechtigkeit.

Die US-Administration und die rechts-konservativen Kräfte in den arabischen Ländern versuchen, diese Revolutionen zu vereiteln. Aber die Unruhen werden anhalten bis die Forderungen der Völker erfüllt sind. Das ist es, was gegenwärtig in Tunesien passiert, in Ägypten, in Jemen. In Libyen herrscht als Folge der US-amerikanischen und NATO-Aggression grosse Anarchie und die Situation hat sich überhaupt noch nicht stabilisiert.

In Syrien erleben wir eine gigantische, blutige Krise die sich nicht mit Gewalt lösen lässt. Eine Lösung gibt es nur auf Verhandlungsweg, unter Einbezug der syrischen Regierung und sämtlicher Teile der Opposition, mit regionaler und internationaler Beteiligung, bis zur vollständigen Einstellung militärischer Aktionen.

Jedes Land ist mit den Fragen beschäftigt, die ich erwähnt habe und das hat dazu geführt, dass die Sache der Palästinenser in den Hintergrund gerückt ist. Diese Situation wird solange anhalten, bis sich Regierungen etabliert haben, die sich in den Dienst der Prinzipien stellen, welche den Volkserhebungen zu Grunde lagen.

Was das Abkommen der G5+1 mit dem Iran betrifft, so waren zwei Faktoren dafür massgebend: Einerseits

der reformistische Präsident, der sich in seinem Wahlprogramm für eine Verhandlungslösung der Iranischen Nuklearkrise ausgesprochen hatte, und andererseits die wirtschaftlichen Sanktionen, die Iran sehr grossen Schaden zufügen. Deshalb sind die Verhandlungen wieder aufgenommen worden. Sicherlich wird das iranische Volk von der erzielten Vereinbarung wirtschaftlich profitieren. Dies wiederum wird dazu beitragen, dass die iranische Regierung ihre Politik auf regionaler und internationaler Ebene überdenkt und mit den benachbarten Ländern des Nahen Ostens, insbesondere mit jenen des Persischen Golfes, Brücken des Vertrauens zu spannen sucht.

Wie unterscheidet sich die Demokratische Front für die Befreiung Palästinas von andern ähnlichen Organisationen?

Alle palästinensischen Gruppierungen stimmen in einem minimalen Aktionsprogramm überein, welches die Bedeutung der Koalition, der Einheit im Rahmen der Organisation für die Befreiung Palästinas (PLO) anerkennt, um sich der Besetzung entgegenzustellen und dafür zu sorgen, dass das palästinensische Volk sein Recht auf Selbstbestimmung ausüben kann. Die PLO ist die breite nationale Front zu welcher all jene gehören, die am gemeinsamen Kampf gegen die israelische Besetzung teilnehmen. Wie in jedem Volk gibt es aber auch im palästinensischen Volk verschiedene soziale Klassen und unterschiedliche politische Strömungen. Das heisst, im Lager der Widerstandskämpfer gibt es Kräfte der Rechten, des Zentrums und der Linken. Die DFBP selbst ist eine Organisation der revolutionären Linken.

Nach der Schaffung des Staates Palästina wird unser Kampf sozialistische Perspektiven einnehmen, für einen Sozialismus, welcher wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit vereint und die Freiheit eines jeden schützt. Nach Erlangung der Unabhängigkeit wird es verschiedene Programme geben. Jenes der Rechten wird sich auf eine kapitalistische Wirtschaft ausrichten, jenes der Linken wird die Schaffung eines laizistischen Staates der Zivilgesellschaft anstreben, die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz, die Gleichheit der Rechten und Pflichten und die Gleichstellung der Geschlechter. Aber all dies wird erst passieren, wenn die Etappe der nationalen Befreiung siegreich beendet, die Besatzungsmacht aus dem Land vertrieben und der unabhängige Staat Palästina erschaffen ist.

Quelle: Granma, 29.11.13. Übersetzung aus dem Spanischen: Martin Schwander



Nayef Hawatmeh in Havanna mit René Gonzalez, dem kubanischen Antiterroristen.

## Lateinamerika geht seinen Weg Zone des Friedens

Anfang Februar diskutierten in München unter grosser Aufmerksamkeit der Medien Politiker, Militärs und Experten Sicherheitsfragen – von Cyberwar über «europäische Verteidigung» sowie «globale Macht und regionale Stabilität» bis zur «Zukunft der Geheimdienste». Eine heftige Debatte löste die Forderung von Bundespräsident Joachim Gauck nach einer neuen, stärkeren Rolle Deutschlands in der internationalen Politik aus. Kaum Beachtung fand hingegen in den deutschsprachigen Medien eine kurz zuvor in Havanna beendete Konferenz, die ein bemerkenswertes Dokument zur Stärkung der regionalen und internationalen Sicherheit verabschiedete.

Von Hubert Thielicke

Am 29. Januar erklärte die Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten (CELAC) ihre Region zu einer Zone des Friedens, die auf der Achtung der Prinzipien und Normen des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen beruhen soll. Dem Dokument stimmten alle 33 Mitgliedsstaaten zu, davon immerhin 29 vertreten durch ihre Staats- oder Regierungschefs. Die USA und Kanada gehören der 2011 auf Initiative des damaligen Präsidenten von Venezuela, Hugo Chavez, gegründeten Organisation nicht an. Damit ist sie gewissermassen das Gegenstück zu der mehr oder weniger von den USA dominierten Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die ihren Sitz in Washington hat und 1962 Kuba ausschloss.

In der Deklaration bekräftigen die Teilnehmerstaaten ihre Verpflichtung, Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln

tragen wird von Staaten, die – wie beispielsweise Kolumbien – unter US-amerikanischem Einfluss stehen. Nun wird es darauf ankommen, die anvisierte Friedenszone zu konsolidieren, gewissermassen mit Leben zu erfüllen. Immerhin geht es hier um ein Gebiet von mehr als 20 Millionen Quadratkilometern, in dem fast 600 Millionen Menschen leben.

Ein grosser Schritt in diese Richtung erfolgte bereits vor längerer Zeit. Nach mehrjährigen, auf Initiative Brasiliens und Mexikos geführten, Verhandlungen wurde am 14. Februar 1967 in Tlatelolco, einem Stadtteil von Mexico City, der Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika unterzeichnet, dem inzwischen alle Staaten der Region angehören. In der Havanna-Deklaration bekennen sich die CELAC-Staaten ausdrücklich zu diesem Vertrag; sie wollen die nukleare Abrüstung auch weiterhin fördern. Der Vertrag von Tlatelolco gab wichtige Anstösse für das Zustandekommen von Abkommen über kernwaffenfreie Zonen in anderen Regionen – im Südpazifik (1985), Südostasien (1995), Afrika (1996) und Zentralasien (2006).

Auch Projekte für Friedenszonen werden seit Jahren in einzelnen Regionen und den Vereinten Nationen diskutiert, so beispielsweise im Hinblick auf den Indischen Ozean und den Südatlantik. Bereits 1971 bekannten sich die Staaten des Verbandes südostasiatischer Nationen (ASEAN) zu einer Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität. Dass die Konzepte von kernwaffenfreien und Friedenszonen durchaus in enger Verbindung stehen, machten wiederum lateinamerikanische Staaten deutlich. In der Deklaration von Ushuaia erklärten sich 1999 Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Paraguay und Uruguay zu einer Zone des Friedens, frei von Massenvernichtungswaffen. Die CELAC dehnte nunmehr in Havanna das Projekt auf den gesamten Subkontinent aus, sicher auch ein Zeichen dafür, dass diese Staaten gewillt sind, der Einmischung aus dem Norden zu widerstehen und ihren eigenen Weg zu gehen.

Der Autor war von 1981–1990 stellvertretender Leiter der DDR-Delegation auf der Genfer Abrüstungskonferenz und Leiter des Sektors Abrüstung in der Abteilung UNO des DDR-Aussenministeriums.  
Quelle: www.das-blaetchen.de



zu lösen, die Androhung und die Anwendung von Gewalt in der Region zu bannen und sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen. Respektiert werden soll das Recht jedes Staates, sein politisches, wirtschaftliches, soziales und kulturelles System selbst zu wählen. Angesichts von Versuchen der Einmischung von aussen in die Angelegenheiten lateinamerikanischer Staaten, aber auch der Ereignisse in anderen Weltgegenden ist allein schon das Bekenntnis zu diesen grundlegenden völkerrechtlichen Prinzipien von grosser Bedeutung. Bemerkenswert auch, dass die Deklaration mitge-



Unterstützung für ihre Regierung: Arbeitskräfte aus der Erdölindustrie versammeln sich am 18. Februar 2014 vor dem Präsidentenpalast Miraflores in Caracas. Foto: sibci.gob.ve

## Erklärung von Alba Suiza Mit Venezuela

Ein Jahr nach dem schmerzlichen Tod des Ex-Präsidenten der Bolivarianischen Republik Venezuela, Hugo Rafael Chávez Frías, spricht die Organisation Alba Suiza dem venezolanischen Volk und seiner Revolution ihre «unabdingbare und aufrichtige» Solidarität aus. Das breite Bündnis, dem auch die Schweizerische Friedensbewegung angehört, unterstreicht, dass Nicolás Maduro der vom Volk demokratisch gewählte Präsident Venezuelas ist: «Das Wahlsystem Venezuelas wurde vom «Carter Center» als das weltweit beste bezeichnet und es ist gleichzeitig das von den internationalen Organisationen und der Presse weltweit wohl am intensivsten überwachte.»

In der Resolution wird festgehalten: ALBA SUIZA verurteilt aufs schärfste die von der faschistischen Rechten geplante und gezielte Gewalt gegen das venezolanische Volk, seine demokratischen Institutionen und gegen seine legitime Regierung. Ebenso verurteilen wir jede ausländische, offene oder versteckte, Intervention. ALBA SUIZA verurteilt den neuen Putsch, den die minoritäre Rechte plant. Sie erhält Unterstützung von ausländischen Regierungen und sogenannten NGOs (der internationalen Rechten angehörig) und wird in deren Interesse von den Medienkonzernen in unsere TVs, Computer, Handys und Zeitungen getragen.

ALBA SUIZA fordert die Weltgemeinschaft auf, sich nicht durch die manipulierten, falschen und unvollständigen Informationen der Medien und Presseagenturen täuschen zu lassen. Die gezielte Verbreitung von Falschinformationen ist eine zentrale Strategie, um die gewählte Regierung zu stürzen und die bolivarianische Revolution zu stoppen.

ALBA SUIZA begrüsst die von der bolivarianischen Regierung ergriffenen Friedensinitiativen in Venezuela. Ausserdem weisen wir auf ihre wichtige Rolle als Garant der Friedensgespräche zwischen der kolumbianischen Regierung, präsidiert durch Juan Manuel Santos und der FARC-EP hin.

Die Bolivarianische Republik Venezuela spielte und spielt eine tragende Rolle im Aufbau einer Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Länder. So hat Venezuela die Bolivarianische Allianz für die Völker Unseres Amerika (ALBA) initiiert, ebenso Petrocaribe, die Vereinigung Südamerikanischer Nationen (UNASUR) und auch die Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC). Das diesjährige Gipfeltreffen der CELAC fand im Januar mit Teilnehmenden aus 33 Ländern in Havanna statt. Bei diesem Treffen wurde Lateinamerika und die Karibik zu einer «Friedenszone» erklärt, «in der die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Nationen mit Gesprächen, Verhandlungen oder anderen friedlichen Mitteln, die auf internationalem Recht basieren, gelöst werden».

Gemeinsam mit der Republik Kuba hat Venezuela viel zur lateinamerikanischen Integration und Solidarität beigetragen. So etwa mit der Eröffnung der «Lateinamerikanischen Medizinischen Schule Doctor Salvador Allende» (ELAMSA), an der Studentinnen und Studenten aus der ganzen Welt zu Ärztinnen und Ärzten ausgebildet werden (kürzlich hat sich auch Palästina angeschlossen).

Die Operation «Milagros» (Wunder) ist ein weiteres Beispiel der Menschlichkeit der bolivarianischen Revolution: Tausende Frauen und Männer mit Sehproblemen konnten nach Venezuela reisen, um sich gratis einer Augenoperation zu unterziehen und so die Sehkraft wieder zu erlangen.

Bezüglich der ganzheitlichen Entwicklung und dem Aufbau eines würdigen Lebens der Menschen in Venezuela, heben wir folgende Bereiche hervor:

- Gesundheit: die Misión Barrio Adentro gewährleistet eine medizinische Versorgung in den ärmsten und abgelegensten Zonen des Landes sowie ein Gesundheitssystem, das chronische und kostenintensive Behandlungen absichert.

- Bildung: mit der Misión Robinson konnte der Analphabetismus überwunden werden, Misión Ribas erlaubt es allen Personen, ihr Studium abzuschliessen und schliesslich gewährleistet die Misión Sucre den Zugang zu höheren Studien. Dank dem Bau und der Ausstattung von elf neuen Universitäten ist Venezuela heute das Land mit der höchsten Immatrikulationsrate in Lateinamerika, weltweit steht Venezuela an fünfter Stelle.

- Wohnungen: mit der Gran Misión Vivienda (Wohnung) wurden zwischen 2011 und 2014 551 227 würdevolle Wohnungen für die ärmste Bevölkerung gebaut.

- Arbeit: tiefere Arbeitslosenquote und Unterstützung kleiner Kooperativen und mittleren Unternehmen. Der garantierte Mindestlohn ist der höchste in Lateinamerika und der Karibik.

Diese Errungenschaften, sowie die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit, die Solidarität mit den Völkern der Welt, der Kampf für Frieden und Freiheit, den Venezuela beispielhaft führt, all das ist das Vermächtnis der Person, deren wir heute gedenken und Ehre erweisen: Hugo Rafael Chávez Frías.

ALBA SUIZA schliesst sich dem Ruf nach Frieden, Gerechtigkeit und Gleichheit an, die, wie Präsident Maduro bemerkte: «unser Sieg über den Putsch sein werden, den wir durch die Liebe zu unserer Heimat überwinden werden».

Ein Jahr nach seinem Weggang gedenken wir des Kommandanten Chávez. Wir werden sein Vermächtnis verteidigen und bekräftigen unser Engagement für den Frieden und die Solidarität mit dem venezolanischen



«Frieden zu erreichen bedeutet, radikal alles umzukrempeln, was verhindern könnte, dass die Menschheit menschlich ist.» Hugo Chávez Frías

Volk und der Bolivarianischen Revolution.

Es lebe die internationale Solidarität, Es lebe der Frieden!!!

Chávez lebt, der Kampf geht weiter!!!

Asociación ALBA SUIZA  
Bern, 5. März 2014 / albasuiza@

## Tagungen in Belgrad

Bei Drucklegung dieser «UW» findet in Belgrad unter Teilnahme der Schweizerischen Friedensbewegung eine Internationale Konferenz zum 15. Jahrestag des Beginns der NATO-Aggression gegen Serbien und Montenegro statt. Vorgängig werden sich die europäischen Mitglieder des Weltfriedensrates zu einem Regionalen Meeting treffen, um sich über die Erstarkung des Militarismus in Europa und mögliche Gegenmassnahmen auszutauschen, um sich gegenseitig über allfällige Aktionen zum 65. Jahrestag des Weltfriedensrates und der NATO sowie den 100 resp. 75 Jahren seit Beginn des Ersten und des Zweiten Weltkrieges zu informieren und Mittel und Wege zu prüfen, wie die Arbeit der Europäischen Friedensbewegung gefördert werden könnte.

Während der Internationalen Konferenz vom 21. – 23. März werden Themen behandelt wie «NATO-Aggression von 1999 – Hinwendung zu globalem imperialem Interventionismus», «Weltwirtschaftskrise, Militarisierung und Verletzung des Internationalen Rechts», «Multipolarität und Demokratisierung der Internationalen Beziehungen» sowie die «Rolle der Jugend im Kampf für Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit».



ISSN 1423-6826  
sfb@bluewin.ch  
www.friedensbewegung.ch



# Unsere Welt



Pete Seeger (links) singt 1963 mit Aktivisten der Bürgerrechtsbewegung in Greenwood, Mississippi das legendäre Lied «We Shall Overcome» (Getty Images).

**Pete Seeger (1919–2014)**

## Und sperrt man mich ein...

«Und sperrt man mich ein im finsternen Kerker/das alles sind rein vergebliche Werke/denn meine Gedanken zerreißen die Schranken und Mauern entzwei:/die Gedanken sind frei!» Der Volksänger, der dieses rebellische Spottlied aus der Schweiz des ausgehenden 18. Jahrhunderts weltweit bekannt gemacht hat, war Zeit seines Lebens selbst ein Rebell. Am 27. Januar 2014 ist er in New York verstorben.

Von Martin Schwander

Pete Seeger, dem US-Amerikaner deutscher Abstammung, verdanken wir eines der schönsten Antikriegslieder der an Kriegen leider so übel beschenkten letzten hundert Jahre – «Sag mir, wo die Blumen sind», bei uns bekannt geworden vor allem in der Version von Marlene Dietrich. Aber auch «If I Had A Hammer» und «Kisses Sweeter Than Wine» sind Kompositionen von Seeger, und Lieder wie «We Shall Overcome», das kubanische «Guantanamo» oder «Little Boxes» seines Kumpels Woody Guthrie sind dank ihm einem breiteren Publikum bekannt gemacht worden.

Überhaupt: Pete Seeger und sein Publikum. Man muss ihn live gehört und erlebt haben, wie er Tausende in seinen Bann ziehen und zum Mitsingen bewegen konnte. Im Alter war seine Stimme zwar brüchig geworden, waren seine Finger auf dem 5saitigen Banjo nicht mehr so flink. Konzerte aber gab er immer noch, etwa zusammen mit seinen Freunden vom New Yorker Arbeiterchor: «Ich stehe auf der Bühne mit dem Banjo in der Hand und singe die erste Zeile eines Liedes, danach übernimmt das Publikum und ich brauche ihnen nur noch den Text zuzurufen...». Konzerte übrigens, die nach wie vor stets im Dienste einer der Sachen standen, die ihm sein Leben lang am Herzen gelegen haben: der Arbeiterbewegung, der Umwelt, der Solidarität mit Minderheiten, mit der Dritten Welt.

In dieses politische Umfeld ist Pete Seeger nicht unbedingt hineingeboren worden. Petes Vater war Musikwissenschaftler, seine Mutter Konzertgeigerin, und von ihnen hat er sicher

einen grossen Teil seiner Neugierde an der Musik mitbekommen. Doch ansonsten schien sein Weg anders vorgezeichnet: Ein Studium an der Harvard Universität – einer seiner Kommilitonen war ein gewisser John F. Kennedy, dem bereits als Student immer ein persönlicher Sekretär zur Seite stand...– sollte ihn eigentlich zum Journalismus und zur Soziologie führen. Pete hielt es an der renommierten Universität jedoch nur gerade zwei Jahre: Mit Zwanzig zog ihn die Strasse an.

Bereits einige Jahre zuvor hatte er seine erste Liebesbegegnung mit der Volksmusik: «Ich besuchte ein Festival in Asheville und verliebte mich in das altmodische 5saitige Banjo, das den Rhythmus zu faszinierenden Liedern herauskräuselte. Ich liebte die Melodien, die Generationen von Sängern weiter getragen hatten, und



Toshi und Pete Seeger 1961 auf dem Weg zum Bundesgericht, wo Pete wegen «Missachtung» des McCarthy-Komitees zu einem Jahr Gefängnis verurteilt werden sollte. Foto raretropicalfish.blogspot.ch

## Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

### Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel  
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander  
Redaktion: Franziska Genitsch, Jonas Jäggi, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Louise Stebler, Yannick van den Berg, Samuel Wanitsch  
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.

Auflage: 3 000

Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32  
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg  
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

### Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

### Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 7. Herzlichen Dank!

vor allem gefielen mir die Worte: Sie schienen so offen, direkt und ehrlich.»

Petes Abgang von der Uni war ein Geschenk für Millionen von Menschen. An einem Streik der New Yorker Milchproduzenten sang er zum ersten Mal vor einem grösseren Publikum, und kurz darauf traf er während eines Konzertes für kalifornische Landarbeiter den Mann, mit dem er eine weite Wegstrecke, im wörtlichen wie auch im politischen Sinne, zurücklegen sollte: Woody Guthrie, den Komponisten von «This Land is Your Land». Sie gründeten die «Almanac Singers», eine Volksmusikgruppe mit oft wechselnder Besetzung, die sich die Aufgabe gestellt hatte, soziale Ungerechtigkeiten mit Liedern in das Bewusstsein der Menschen zu tragen und sie engagierten sich in der Gewerkschaftsbewegung und der Kommunistischen Partei.

Wie so vielen in jener Zeit, zog auch ihnen der Weltkrieg einen dicken Strich durch die Rechnung. Pete wurde 1942 eingezogen, diente im Pazifik und stellte eine Sammlung von Soldatenliedern zusammen, die er in «People's Music» veröffentlichte. Dessen Nachfolgemagazin «Sing Out!», das er 1950 begründete, existiert übrigens heute noch.

### Der Kalte Krieg schlägt zu

1943 heiratete Pete Seeger die Japanerin Toshi. Mit ihr lebte er bis zu ihrem Tod 2013 in einem bescheidenen und selbst erbauten Blockhaus am Hudson in der Nähe von New York.

1948 formierte er mit dem Sänger Lee Hays die «Weavers»; zusammen schrieben sie «If I Had A Hammer», das mit Trini Lopez auch die kommerzielle Hitparade erstürmte und im Vorprogramm des Paul-Robeson-Konzertes von Peekskill 1949 seine Premiere erlebte. 1950 folgte eine «Weavers»-Version des Leadbelly-Songs «Good Night Irene» und verkaufte sich in den USA wie kein anderes Lied zuvor seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Als sich die Gruppe über die Arbeiterbewegung hinaus bei einem breiten Publikum endgültig zu etablieren begann, schlug jedoch ein weiterer Krieg zu: der Kalte Krieg des Kommunistenjägers Eugene McCarthy. Die Konzertorganisatoren begannen sich von den «Weavers» zu distanzieren und bald verschwand ihre Musik aus Fernsehsendungen, Radio und Jukeboxes. 1955 – er hatte nun schon bereits 29 Albums aufgenommen, darunter eine Anthologie deutscher Lieder mit «Äs Burebübli...» – wurde Seeger wie zuvor sein Freund Paul Robeson vor das «Komitee zur Untersuchung unamerikanischer Aktivitäten» zitiert. Er verweigerte in einer denkwürdigen Anhörung vor dem Komitee jede Aussage über seine persönlichen Ansichten und über jene anderer und wurde deswegen zusammen mit dem Dramatiker Arthur Miller wegen «Missachtung des Komitees» zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Davon musste er zwar nur gerade vier Tage absitzen, aber er sollte weitere 17 Jahre von den elektronischen Medien verbannt bleiben. Sein langer Verbleib auf der Schwarzen Liste unerwünschter Künstler kommentiert er lakonisch: «Es war mir eine Ehre.»

In den sechziger Jahren, während der Renaissance der Folk-Musik,



Pete Seeger vor dem McCarty-Ausschuss 1955: Widerstand gegen Hexenjagd

drang Seeger mit seinen Liedern für Frieden, für die Gleichberechtigung der Schwarzen und für die Emanzipation der Arbeitenden in die Herzen eines jungen Publikums. Die Jugend, die sich an seiner Seite gegen den Vietnamkrieg und für die Bürgerrechte engagierte, hatte ein feines Gespür für seine Ehrlichkeit und hielt auch zu seiner eher konservativen Aufttritsweise: Als Bob Dylan 1965 am mittlerweile populären Newport Folk-Festival die Gitarre erstmals unter Strom setzte, schwang der eingefleischte «Unplugged»-Fan Seeger eine Axt über dem Netzkabel, und das vorwiegend junge Publikum buhte Dylan als «Judas» der Folk-Bewegung aus. Das hingegen war nicht Seegers Absicht. Später gab er zu Protokoll, er sei damals nur wütend gewesen, weil ob der lauten Elektronik die guten Worte der Dylan-Songs nicht mehr zu verstehen waren.

### Umweltaktivist

Pete Seegers Abneigung gegen elektronisch unterstützte Musik war jedoch nicht nur puritanischer Natur. In diesen Jahren nämlich fand er zu einem weiteren Engagement, das er bis zu seinem Tode nicht mehr aufgeben sollte: den Umweltschutz. Er begann damit praktisch vor seiner Haustüre in Bacon, wo vor seinem kleinen Haus ein unglaublich verschmutzter Hudson River seine chemieverseuchten Wassermassen vorbeiwälzte. Er gründete 1969 die Organisation «Klares Wasser» (Clearwater), nahm Lieder zum Thema Umwelt auf und baute mit Gleichgesinnten ein 100 Tonnen schweres Segelschiff, das den Hudson befuhr und Geld sammelte zur

Sanierung des Flusses. Tatsächlich brachte die Organisation zahlreiche Gesetzesvorstösse gegen die Wasserverschmutzung durch, und heute hat sich die Situation des Hudson River drastisch verbessert. Aus dem Segelschiff wurde ein Unterrichtsboot für Schulkinder zur Schärfung ihres Umweltbewusstseins, und es ist weiterhin in Betrieb.

### Ehre wem Ehre gebührt

Mit dem Alter folgten Ehrungen und Orden. 1993 wurde Pete's Lebenswerk mit dem ersten von insgesamt vier «Grammies» gewürdigt und ein Jahr darauf erhielt er aus den Händen von Bill Clinton den höchsten Künstlerorden der USA. Nachdem Seeger bereits 1972 in die Ruhmeshalle der Liedermacher aufgenommen worden war, zog er 1996 auch in die Unsterblichen-Halle des Rock'n Roll ein. 1999 reiste der Mann, der dem kubanischen Lied Guantanamo zum Weltruhm verholfen hatte, nach Kuba und wurde dort für sein «humanistisches und künstlerisches Werk in der Verteidigung der Umwelt und gegen den Rassismus» mit dem höchsten kubanischen Kulturorden «Felix Varela» ausgezeichnet.

Noch im September 2013, so berichtet Hannes Wader, sang Pete Seeger auf dem Farm-Aid-Concert in Saratoga Springs gemeinsam mit Willy Nelson und Neil Young «den wohl amerikanischensten Song, der geschrieben wurde»: «This Land Is Your Land». Jetzt ist die Stimme, die mit ihren Liedern Generationen von Bewegten in aller Welt an Protestmärschen und Kundgebungen begleitet und motiviert hat, verstummt.

### Schweizerische Friedensbewegung SFB

## Jahrestagung 2014

Samstag, 10. Mai 2014, 16.00 Uhr  
Restaurant Rebhaus (Saal)

Riehenstr. 11, Basel (nahe Wettsteinplatz)

#### Traktanden:

Jahresberichte: Sekretariat • Redaktion • Finanzen  
Wahl des Vorstandes  
Ausblick und Anregungen

Anschliessend gemeinsames Abendessen.

Die Jahresversammlung ist öffentlich.  
Interessierte sind herzlich eingeladen!

28.12.61